

Die Brüdergemeine in Deutschland im Umfeld der politischen Krise von 1848

Albrecht Stammler, Gnadau

Die Krise in Deutschland von 1848

Markanter Anfangspunkt des politischen 19. Jahrhunderts ist die Französische Revolution von 1789. Durch die Napoleonische Fremdherrschaft, die ihr Ende in den Befreiungskriegen von 1813 bis 1815 fand, wurde die Auflösung der feudalen Strukturen in Deutschland eingeleitet. Doch zunächst folgte dem Wiener Kongreß 1815 eine konservative Phase. Die in vielen deutschen Staaten aufbrechende revolutionäre Krise von 1848 fand einen gewissen Höhepunkt in den blutigen Unruhen am 18. und 19. März in Berlin sowie in den parlamentarischen Bemühungen um eine neue Verfassung in Frankfurt und Berlin. Unmittelbares Vorspiel waren Aufstände wie z.B. die der schlesischen Weber gewesen, besonders aber die Februar-Demonstrationen in Paris und die Straßenkämpfe in Wien Anfang März 1848. Obwohl in Berlin der auf Ausgleich bedachte König Friedrich Wilhelm IV. dem öffentlichen Druck mit einer Lockerung der Zensur und angekündigten Verfassungsreformen nachgeben wollte, eskalierte der Konflikt am 18. März. Als die Berliner auf einer Massenversammlung dem König für sein Einlenken danken wollten, begann das Militär »versehentlich« zu schießen. Die Bevölkerung glaubte sich vom König verraten. Es kam zu Straßenkämpfen, die bis zum 19. März andauerten und bei denen 121 Menschen starben. Der König versuchte eine Schadensbegrenzung und ließ die Truppen aus Berlin abrücken. Demonstrativ nahm er an der Beisetzung der »Märzgefallenen« teil und stellte sich mit dem Aufruf »An mein Volk und an die deutsche Nation« gewissermaßen an die Spitze der Bewegung. Am 18. Mai trat in der Frankfurter Paulskirche die Nationalversammlung als das erste frei gewählte gesamtdeutsche Parlament zusammen. Doch statt der in langwierigen Diskussionsprozessen verabschiedeten Erklärungen bestimmten die z.B. vom preußischen König »oktroierten« Verfassungen das alltägliche Leben der Menschen im Land. Der preußische König lehnte die ihm von der Frankfurter Nationalversammlung am 3. April 1849 angebotene Kaiserkrone ab und machte so deutlich, daß eine nationale deutsche Einigung nur »von oben« zu kommen habe. Die Nationalversammlung brach durch Abzug ihrer Vertreter zusammen. Das »Rumpfparlament« rief zwar zum bewaffneten Volkswiderstand auf, mußte aber vor den preußischen Truppen weichen. Einen gewissen Schlußpunkt setzte 1850 die neue politische und bürgerliche Gemeindeordnung für Preußen.

Im 19. Jahrhundert wurden diejenigen geistigen, politischen und wirtschaftlichen Ideen und Systeme entwickelt, auf denen unsere heutige Gesellschaft beruht. Zu nennen sind hier vor allem die dominante Stellung der Naturwissenschaften, die wirtschaftlichen und die sozialen Veränderungen durch Industrie und Technik und die politischen Gedanken von Demokratie, Liberalismus und Rechtsstaatlichkeit. Idealismus und Naturrechtsphilosophie, bibelkritischer Rationalismus und lutherische Orthodoxie, Erweckungsbewegungen und Missionswerke, protestantische Unionsbestrebungen und der katholische Kölner Kirchenstreit, das Wachsen von Freikirchen methodistischer und baptistischer Prägung sowie überragende Persönlichkeiten wie z.B. Goethe, Schleiermacher, Hegel, Kant und viele andere prägten das geistesgeschichtliche Leben. Zur Schlüsselfrage des 19. Jahrhunderts wird die Frage nach den sozialen Chancen des einzelnen: Wie können die persönlichen Freiheits- und politischen Mitbestimmungsrechte in angemessenen gesellschaftlichen Strukturen verwirklicht werden?

Der Zustand der Brüdergemeine in Deutschland um 1848

Treffend charakterisiert H.-W. Erbe die Brüdergemeine in jener Zeit:

Sie war »die 'Welt der Stillen im Lande', ein Stück deutsches Biedermeier, bürgerlich und adlig, in sich abgeschlossen in ihren 'Ortsgemeinen', diesen stillen, sauberen Siedlungen, schlicht und vornehm, abseits der großen Welt, intim und weltweit zugleich, mit ihrer liebenswürdigen Kultur in Lebensformen und Künsten, in immer neuen Verwirklichungen der gestalteten, in sich kreisenden Gemeine. Es ist die Ortsgemeine des 19. Jahrhunderts, in der nahezu 100 Jahre lang kein Haus gebaut wurde und die Zahl der Bewohnerschaft gleich blieb (meist zwischen 200 bis 500 Mitglieder umfassend)... Tradition beherrschte das Leben. Dazu gehörte der weiße Saal und die Vielfalt der liturgischen Formen und Feiern..., gehörten die Trachten..., Musikpflege, Stickereien, Briefe und Tagebücher, Umgangsformen... Die große Leistung nach außen hin wurde... weniger von der akademischen Führungsschicht und von der seßhaften Bevölkerung der Ortsgemeine getragen, sondern von der Menge der Laienprediger ... es ist die Zeit der brüderischen Erziehung mit 30 Knaben- und Mädchenanstalten allein im festländischen Europa, in der Hauptsache nicht mehr für die eigenen Kinder, sondern für andere, die von ihren Eltern auf Zeit und gegen Bezahlung der Gemeine anvertraut wurden ...«¹

Unter dem Blickwinkel der Frömmigkeit und der theologischen Entwicklung kann man die Periode von 1818 bis 1857 als eine Zeit der Wiederbelebung nach

1 H.-W. Erbe, »Herrnhaag – Höhepunkt oder Tiefpunkt der Brüdergeschichte?« in *Unitas Fratrum* 26 (1989): 45f.

einer durch Erstarrung in Formen gekennzeichneten Krisenzeit bezeichnen.² Eine wichtige Rolle in der Entwicklung spielten übrigens die brüderischen Jubiläen: Die der Erneueren Brüderunität ihre Prägung gebenden Ereignisse, wie der Beginn der Ansiedlung in Herrnhut am 17. Juni 1722, das Abendmahl in Berthelsdorf am 13. August 1727 und die Besinnung auf Christus als den »Generalältesten«, was am 13. November 1741 den Gemeinden bekanntgegeben wurde, aber auch die Chorjubiläen, die auf Anlässe wie den Auszug der ersten Missionare oder die Hochzeit Zinzendorfs zurückgehen, jährten sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zum hundertsten Mal. In der mit Jubiläen verbundenen Rückbesinnung liegt zunächst ein konservatives Element. Doch durch die Faszination der einst lebendigen ersten Begeisterung bei der Erinnerung an die kraftvollen Wurzeln der überkommenen Traditionen griff zunehmend ein »inneres Verständnis« um sich. Doch auch mit diesem neuen Verständnis des »inneren Wesens« der Brüdergemeinde wird ein Grundzug des vorangegangenen und immer noch wirksamen »Idealherrnhutianismus« fortgeschrieben: Sowohl dieser als auch die sich z.B. in der »Nieskyer Erweckung« zeigende neue Bewegung fallen nicht durch dogmatische Spitzenleistungen auf, sondern sind verschiedene Durchführungen der Grundelemente brüderischer Theologie: Gemeindefrömmigkeit und Christusgemeinschaft.³

Die für die Zeit um 1848 relevanten theologischen Grundgedanken sind folgende: Die brüderische »Heilandsfrömmigkeit« betont einen persönlichen, geradezu intimen Umgang mit dem »Heiland« als gegenwärtigem Helfer, Mahner, Freund und liebevoll Verzeihenden. Wichtig ist hierbei das Gebet als eine Form ständiger Kommunikation. Die Sündhaftigkeit des Menschen wird nicht vordergründig in ethischen Kategorien betrachtet, sondern ist eine Störung dieser Verbindung mit dem Heiland. Das Verlassen, Vergessen, das »Ihn-Betrüben« hat freilich auch Folgen im sittlichen Bereich. Mit der Rede vom »Sünderheiland« wurde aber – in theologisch verantwortlicher Weise – die »Eintrittsschwelle« insofern niedrig gehalten, als nicht die Einhaltung ethischer Normen Vorbedingung für eine »Konnexion mit dem Heiland« war. Diesem nahekommenden Heiland wird nun auch die »Schöpfergottheit« zugesprochen, so daß sich bei aller Freude über die geschenkte Gerechtigkeit hier eine universale, die menschliche Seele erschreckende Dimension auftut. Im brüderischen »Christozentrismus« werden so

2 G. Burckhardt, *Die Brüdergemeinde*, Gnadau 1893, 145.

3 Vgl. dazu M. Kähler, *Geschichte der Protestantischen Dogmatik im 19. Jahrhundert*, Berlin 1962, 64.

sämtliche Aussagen über Schöpfung und Erlösung christologisch durchgeführt, d.h. vom »Ansprechpartner« Jesus Christus her entfaltet.⁴

Die Brüdergemeine im Jahr 1848

1. Das Wahrnehmen von Zeitereignissen in der Brüdergemeine

Die politischen Tagesereignisse des Jahres 1848 wurden in der Brüdergemeine mit wachem Interesse verfolgt. In den »Diarien« der Gemeinden und Chöre sind die jeweils bewegenden Angelegenheiten schon nach wenigen Stunden niedergeschrieben worden. Nachträgliche Uminterpretationen und Geschichtsfälschungen sind so fast ausgeschlossen. Die Niederschreibenden standen oft unter dem unmittelbaren Eindruck des Erlebten oder des gerade Gehörten, was sich gelegentlich bis in den Schriftstil hinein widerspiegelt. Dabei wurde sicher versucht, konsensfähig und objektiv zu schreiben, wurden doch die Diarien regelmäßig den Geschwistern vorgelesen. Durch diese besonders wertvollen Quellen läßt sich nachweisen, daß z.B. die Geschwister in Niesky schon am 19. März, in Neudietendorf am 20. März 1848 von den blutigen Zeitereignissen in Berlin wußten. Erste innerbrüderische Informationen waren »schneller als die Post« gewesen. Zeitungen und Wochenblätter waren als Informationsquellen ebenfalls vorhanden. Über ihren Gebrauch in der Brüdergemeine in jener Zeit gibt es freilich keine genauen Untersuchungen.

Bei der Frage nach dem Interesse an aktuellen Zeitereignissen kommen die vielfältigen Vernetzungen innerhalb der Brüdergemeine in den Blick:

1. Brüdergemeinorte waren oft Ziele für Reisen und Besuche. Dafür gab es viele Anlässe. Manchmal war es der Verlust des eigenen Wohnortes durch Unfall oder Verfolgung, Verwandtschaftsbesuche zu besonderen Familienfesten, Teilnahme an Gemeindeveranstaltungen, besondere Predigten zu Festen im Kirchenjahr, aber auch Handelskontakte und Bauvorhaben, wobei sich die Gemeinden gegenseitig wiederholt mit Fachkräften aushalfen. Auch wurden brüderische Orte gern zu Ruhepausen auf größeren Reisen genutzt. Ferner gab es Bildungsreisen und erste Ansätze zu einem »Schüleraustausch«.

2. Manchen Brüdergemeinorten war die Anbindung an moderne Verkehrsmittel wichtig. In Neudietendorf wird das z.B. bei der Einrichtung einer Poststation 1843 deutlich. Und schon im Mai 1847 wurde der Ort an das Thüringer Eisenbahnnetz angeschlossen.⁵ Auch der Ausbau des Straßennetzes hatte Bedeutung.

4 H.-W. Erbe, »Die Nieskyer Erweckung 1841« in: *Unitas Fratrum* 15 (1984): 3f., dort Verweis auf D. Meyer, *Der Christozentrismus des späten Zinzendorf. Eine Studie zu dem Begriff »täglicher Umgang mit dem Heiland«*. Europ. Hochschulschriften, R. XXIII, Bd. 25, Bern 1973.

5 Vgl. H. Benneckenstein, »Ein neuer Ort wird geboren« in *Neudietendorf*, Gotha 1995, 65ff.

Hintergrund waren meist wirtschaftliche Gründe. Zu erwähnen ist freilich auch, daß einige Brüdergemeinorte (z.B. Königsfeld und Niesky) verkehrsmäßig isoliert blieben - meist aus Angst vor den verderblichen Einflüssen »der Welt«.

3. Das Element der Gemeinschaft gehört zum Wesen der Brüderunität. Über der »persönlichen Konnexion mit dem Heiland« wird gerade nicht der Bruder und die Schwester aus dem Blick verloren. So nahm man Anteil am Ergehen, an den Sorgen, Nöten, Freuden und Segnungen der Geschwister, weil hierin Gottes bewahrendes und segnendes, aber auch sein richtendes und strafendes Handeln gesehen wurde. Eine umfangreiche Korrespondenz und ein beispielloses Vertriebsystem von hand- und druckschriftlichen Gemein- und Missionsnachrichten aus »aller Welt« und in »alle Welt« war die Folge dieses damals bemerkenswerten Mitteilungsbedürfnisses.⁶

So fällt es uns leicht, festzustellen, daß eine historische Tragweite des 18. März 1848 und auch größere Geschichtszusammenhänge damals bereits wahrgenommen wurden. Die Erinnerung an die französischen Revolutionen von 1789 und 1830 war noch lebendig. Es wurden entsprechende Parallelen gezogen. Auffallend häufig und regelmäßig wiederkehrend begegnet man Formulierungen, die die beunruhigende Wirkung der Ereignisse auf »das Gemüth« aussagen. Nimmt man dabei wahr, daß diese Formulierungen in der Charakteristik Herrnhuter Frömmigkeit einen zentralen Sachverhalt schildern, so wird deutlich, daß den Ereignissen auch eine wichtige religiös-geistliche Bedeutung zugemessen wurde. Dies soll nun weiter entfaltet werden.

2. Die Synode von 1848

Nach einer Losentscheidung wurde beschlossen, im Jahr 1848 eine Synode zu halten. Eine äußere Notwendigkeit bestand dadurch, daß 1841 der preußische Staat und 1844 das Königreich Sachsen durch neue Landgemeindeordnungen die organisatorische Trennung von (kirchlicher) Gemeinde und (politisch-öffentlicher) Kommune neu regeln wollten. Die Unitätsältestenkonferenz mußte sich deshalb zur Klärung ihrer Besitzrechte als ein legitimes Gremium ausweisen. Dazu brauchte die Synode durch eine gerichtlich geleitete Wahlhandlung die Bevollmächtigung von allen Gemeinden. Die Brüdergemeine mußte sich also einem »Rechtsstaat« gegenüber definieren und verlor fast unmerklich das Privileg der kommunalen Selbstverwaltung in den Gemeinorten.

So fand vom 29. Mai bis zum 5. September 1848 eine Synode mit insgesamt 76 Sitzungen in Herrnhut statt. Es nahmen 55 stimmberechtigte Mitglieder daran teil, von denen 36 vom europäischen Festland, 12 aus England und sieben aus Nordamerika waren. Beratend wirkten ein Bruder aus Jamaika und einer aus Surinam mit.

6 H. Steinberg, *Die Brüderkirche in ihrem Werden und Sein*, Herrnhut 1921, 157.

Auffällig und neu im Vergleich zu den vorangegangenen Synoden war die große Aufmerksamkeit, die dieser Synode von der »brüderischen Öffentlichkeit« zuteil wurde. Dies zeigte sich schon an vielen Eingaben von Gemeinden und einzelnen Geschwistern. Die Sitzungen wurden erstmalig öffentlich gehalten. Im Unterschied zu früheren Synoden setzten sich die Synodalen nicht mehr wie bisher gegen die »bürgerlichen Interessen« ein. Die kirchenleitende »Unitäts-Aeltesten-Conferenz« (UAC) hatte sogar vorher dazu angeregt, zur Wahl auch Geschwister aus Abürgerlichen« Kreisen vorzuschlagen.⁷ Noch im gleichen Jahr wurden – ein weiterer Beleg für eine neue bürgerlich-demokratische Offenheit – mit einem gedruckten »Synodalverlaß« die Gemeinmitglieder und der breite Freundeskreis über die Synode informiert.

Die Brüdergemeinde konnte – im Gegensatz zur übrigen Gesellschaft in Deutschland! – auf demokratische Erfahrungen und Traditionen zurückgreifen. Zugrunde liegt dem das theologische Prinzip der Selbstverantwortung vor dem Heiland: Weder Institutionen noch Autoritäten können eine eigene persönliche Gottesbeziehung ersetzen. In Verbindung mit dem Element des geschwisterlichen Aneinandergewiesenseins in Liebe und Achtung wuchs die in den Chören, den Gemeinden und der Gesamtunität praktizierte Selbstverwaltung. Diese war freilich immer begrenzt durch die »Gemeinordnung«. Die demokratischen Formen waren nicht unbeeinflusst von zeitgeschichtlichen Denkstrukturen, und auch der autoritäre Einfluß von Persönlichkeiten, angefangen beim Reichsgrafen Nikolaus Ludwig von Zinzendorf, hat phasenweise eine richtungweisende Steuerungskraft entfaltet. Insofern ist das Bemerkenswerte an dieser Synode vielleicht weniger das »demokratische Element« als vielmehr die Art und Weise, in der es hier zur Entfaltung kam: Es war ein offensichtlich breiter Konsens in der kirchenleitenden UAC, den Gemeindeleitungen und unter den meisten Gemeinmitgliedern darüber vorhanden, daß diese Synode von einem offenen Geist geprägt sein sollte. Wenn man dies mit der gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland vergleichen will, so ist die Verständigung hier zwischen »oben« (Monarchie/UAC) und »unten« (Bürgertum, Proletariat/ Basis der Gemeinde) in der Brüdergemeinde ohne äußeren Kampf (in Berlin am 18. und 19. März) und ohne »Bauernopfer« (Zugeständnisse des Königs, Auswechslung auf Ministeriebene, zeitweise Duldung der Frankfurter Nationalversammlung) zustande gekommen.

Angesichts der sachlich bisweilen sehr kontrovers geführten Diskussionen ist das »brüderische Harmoniebedürfnis« hier nur begrenzt als Ursache für das gute Gelingen der Synode anzuführen. Die – auch in der Brüdergemeinde – durchaus vorhandenen Strömungen, die jeglichem Neuen ablehnend gegenüberstanden,

7 G. Burkhardt, *Die Brüdergemeinde*, Gnadau 1893, 166.

wirkten in Sachfragen offenbar nicht blockierend, man blieb diskussionsbereit. Andererseits waren es auch gerade die Geschwister, die für Weiterentwicklung und demokratische Öffnung kämpften, welche das neu erwachende Glaubensleben förderten. Man attestierte sich gegenseitig – bei allen sachlichen Differenzen! – immer wieder die »herzliche Liebe« untereinander und zur Gemeinde. Als eine wesentliche Ursache für das Gelingen der Synode ist deshalb – bei allem recht reifen demokratischen Benehmen – die gelebte Frömmigkeit anzusehen.

Die Synode verhandelte die verschiedenen Anliegen in der Reihenfolge, die der Synodalverlaß von 1836 vorgab. Einige wichtige Themen sollen kurz vorgestellt werden:

1. Neben den bestehenden »Ortsgemeinen« wurde die Bildung von »Stadt- und Landgemeinen« und »auswärtigen Gemeinden« angeregt. Bei aller dabei geübten Vorsicht sieht man hier, daß sich die Synode auf die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einstellen wollte.

2. Fragen bezüglich der »Gemein-Jugend« – christliche Unterweisung, Erstabendmahl, Konfirmation – wurden differenziert bedacht. Neu ist die Regelung, Gemeinkinder ohne Losentscheid aufzunehmen.

3. Liturgische Formulierungen der Begräbnis- und Osterliturgie wurden geändert. Bei der Behandlung dieses und des zuvor genannten Bereiches ist das Bestreben deutlich, durch pragmatische Lösungen Tendenzen zu »ritualisierter Heuchelei« zurückzudrängen.

4. Die Formulierungen über das »Ältestenamts des Heilandes« wurden stärker akzentuiert. Dies zeigt den Einfluß der neuen Erweckungsfrömmigkeit. Sicher ist die Betonung des »Regiments des Heilandes« auch auf dem Hintergrund der damaligen Unsicherheit der »weltlichen Throne« zu verstehen.

5. Die Ausbildungszeit am Theologischen Seminar in Gnadenfeld wurde auf drei Jahre verlängert. Diese Entscheidung entsprang dem Bestreben, den Anforderungen der Gemeinden besser genügen zu können. Man hatte – wohl auf dem Hintergrund der Erweckung von 1841 – ein entspannteres Verhältnis zur Theologie gewonnen.

Stärker als zuvor waren die beiden außerdeutschen Unitätsprovinzen vertreten. Besonders die Amerikaner traten recht selbstbewußt auf und kamen auch »einen kleinen Schritt« auf dem Weg zu mehr Selbständigkeit voran. Anfangs waren sie voll Verwunderung gewesen. Sie hatten geglaubt, zur »Leichenbestattung der Unität« zu kommen und erlebten nun, zumal in der jüngeren Generation, ein neu erwachendes Leben, das alle Einzelfragen in seine mächtige Strömung mit hineinzog. Im Synodalverlaß zeigt sich, daß viele nichtdeutsche Angelegenheiten mit besonderem Blick auf die jeweiligen Verhältnisse geregelt und daß verständnisvoll auf viele Anregungen eingegangen wurde. Jedenfalls ist festzustellen: Der frische Wind der Erweckung und der Demokratie der Synode von 1848 hatte keine nationalistischen Töne.

3. Neudietendorf – eine brüderlich-lutherische Handwerkersiedlung

Brüdergemeinorte waren von ihrer Struktur her oft Handwerkersiedlungen. So kann man in der »Gnädigst-privilegierten Thüringischen Vaterlandskunde« von 1802 über Neudietendorf nachlesen:

»Die Einwohner sind fast sämtlich Manufakturisten, Künstler und Handwerker, die in mehr als 30 Fabriken und Manufakturen arbeiten. Es sind hier beträchtliche Woll- und Baumwoll-Manufakturen im Gange, man verfertigt baumwollne und Kastorstrümpfe, Mützen und Handschuh aller Art; die Zeugmanufactur liefert Everlastings, wollne Plüsch, Kalmangs, Mamelots, Etamine, Serge u. dergl. Eine andere liefert Kattonaden und dergl., baumwollne, halbseidne und die feinsten leinenen bunten Zeuge; noch eine andere Kastor- und andere Strümpfe. Die Werkstätten der Schuhmacher, Schreiner, Huthmacher, Horndreher, Drechsler und Seifensieder liefern die besten Arbeiten. Die Federspulen- und die beträchtliche Lilienthalische Siegellackfabrik, so wie eine wegen ihrer türkischen Papiere besonders bekannte Papiermanufactur des Herrn Petsch, hat sehr stark Abgang; auch die Fischbeinreißerey des Hrn. Lilienthal und Compag. war vormals sehr beträchtlich, als noch das Fischbein zum Kleiderputz und den so schädlichen Schnürbrüsten stark verwendet wurde. So wird auch hier jährlich aus Thüringischem Waid an 300 Pfund guter, allen Proben haltender Indigo gemacht. Man braut hier die besten englischen und deutschen Biere, fabriziert Liqueure aller Art und brennt guten Brandtwein; man braut gesunden Eßig, bäckt Zwiebacke, Pfefferkuchen, und ander Backwerk von besonderer Güte und Feinheit; wer kennt nicht die ihnen nachgeahmten Zuckerbrezeln? Außerdem kann man in ihrer Apotheke, Materialhandlung und andern Kaufmannsläden alles mögliche haben, als Gold- und Silberwaren, Uhren, alle nur mögliche Stahl- und Eisen-, auch Galanteriewaren, ausländischen Flachs, Leder und dergl.«

Viele dieser Gewerke bestanden über längere Zeit. Die Revolution von 1848 verursachte im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung brüderischer Betriebe keine dramatischen Einbrüche. Ursachen dafür sind die weltweiten Verbindungen: regionale Einbußen wirkten sich nicht so verheerend aus, aber auch der gute Ruf der Firmen: äußere Verunsicherungen hemmten weniger als bei vielen anderen Betrieben den Absatz. Bei der Herrnhuter Firma Dürninger & Co. kam es nach meist verlustreichen Abschlüssen der Jahre 1836 bis 1846 und nach einem recht geringen Verlust im Jahr 1848 schon ab 1849 zu positiven Jahresabschlüssen.⁸ Anders war es dagegen in den deutschen Großstädten, wo nach dem konjunkturellen Einbruch von 1848 Massenarbeitslosigkeit herrschte und sich dieser Zustand erst wieder in den fünfziger Jahren änderte.⁹

Bei der oben erwähnten, weltweite Verbindungen unterhaltenden Lillien-dahlschen Siegellackfabrik ist das »hausväterlich-soziale« Engagement bemerkenswert: am 18. Oktober 1834 wurde eine Betriebs-Krankenkasse, am 1.

8 H. Wagner, *Abraham Dürninger & Co.*, Herrnhut 1940, 210.

9 W. Ströhm, *Die Herrnhuter Brüdergemeine im städtischen Gefüge von Neuwied*, Boppard 1988, 103.

Januar 1852 die »Wittwencasse« eingerichtet.¹⁰ Sicher waren konkrete soziale Härtefälle hierzu der Anlaß. Daß sich dies aber nicht zu Problemen mit »gesellschaftlicher« (in diesem Fall kommunaler) Relevanz auswuchs, ist der damals durchaus vorbildlichen und außergewöhnlichen Wirtschaftsethik der Firma zu verdanken. Zeichnete sich im Industrialisierungsprozeß mit der Vergrößerung des Produktionsumfangs die Tendenz zur Entpersonalisierung der Arbeit ab, so wurde hier gezielt versucht, die negativen Folgen der Entfremdung von der Arbeit durch eine verstärkte Bindung an den Betrieb – durch soziale Absicherung – aufzufangen. Dies bewirkte, daß es in den Brüdergemeinorten lange Zeit kein »Proletariat« und keine »soziale Frage« gab.

Denn auch sonst wurden viele Nöte gemeinschaftlich getragen. Bei kollektiven Unglücken – z.B. bei Bränden, wie in Rixdorf 1849, militärischen Übergriffen, wie in Christiansfeld, oder bei Schwierigkeiten mit der Obrigkeit, wie 1750 bei der Auflösung der Kommunität auf dem Herrnhaag – erhielten die Geschwister Unterstützung von anderen Gemeinden. Doch es wäre zu kurz argumentiert, hier nur wirtschaftliche und soziale Indikatoren anzuführen: Die wesentliche Motivation zu solchem sozialen Engagement ist in der auf Achtung jeder menschlichen Persönlichkeit bedachten brüderischen Frömmigkeit zu sehen.

So kam es, daß nicht nur wegen der blühenden Wirtschaft und den eigenartigen religiösen Formen, sondern auch durch den guten moralischen Ruf brüderischen Orten die Aura des Exotischen anhaftete. Wiederholt interessierten sich berühmte Künstler und Schriftsteller für die Brüdergemeine und ihre »Kolonien«. Die Wochenschrift *Herrnhut* führt z.B. in diesem Zusammenhang die Schriftsteller Goethe, Lessing, Herder, Jean Paul, Novalis (v. Hardenberg), Schleiermacher, Jung Stilling, Karl Philipp Moritz, Christoph Kaufmann, Karl Gutzkow, Wilhelm von Kügelgen, Heinrich Zschokke, Ed. Duboc-Waldmüller, Gottfried Keller, Theodor Fontane und Fritz Reuter auf.¹¹

Die umliegenden Dörfer sahen auf brüderische Orte wie Neudietendorf teils neidisch – wegen des dort herrschenden Wohlstandes, teils abgeschreckt – wegen einer tatsächlichen oder vermeintlichen Arroganz und der exklusiven Frömmigkeit, und teils dankbar – konnten sie doch die Vorteile einer städtischen Zivilisation mitgenießen. Dem äußeren Umfang nach war die »Brüderkolonie« ein Dorf, doch Wirtschaftskraft, Infrastruktur und die Bebauung mit massiven mehrgeschossigen Häusern verliehen ihr einen städtischen Charakter. Die Sozialkontrolle und religiöse Ausrichtung wiederum wiesen auf eine klosterähnliche Lebensart hin.

10 A. Lilliendahl, *Fabrik-Ordnungen, Straf-Gesetze, Statuten der Krankenkasse, Statuten der Wittwencasse in der Fabrik von A. Lilliendahl (Firma J.G.R. Lilliendahl)*, Neudietendorf 1863, S. 7, 13.

11 *Herrnhut, Wochenblatt aus der Brüdergemeine*, (1932) Nr. 40, S. 332f.

In Neudietendorf war man sich dieser Sonderrolle wohl bewußt. Mit Selbstbewußtsein vertrat man die Anliegen der Gemeinde auch bei den staatlichen und kirchlichen Stellen. Die eigenartige Geschichte dieser Gemeinde hat nun auch ein Kapitel, das unmittelbar in die Revolutionszeit von 1848/49 fällt: die Loslösung vom Gothaer Oberkonsistorium. Die wichtigsten Hintergründe dieser Entwicklung seien kurz erwähnt: Die wechsellvolle Gründungsphase bis zu einer gewissen Konsolidierung dauerte von 1734 bis 1764, also 30 Jahre! Hier kamen schon viele Elemente vor, die auch später (und teils bis heute) für diesen Ort charakteristisch sein sollten: von bürokratischer Enge und Mißgunst behinderter innovativer Wirtschaftsgeist sowie Dirigismus und Engherzigkeit amtlicher, kirchlicher und staatlicher Stellen. Theologisch bedeutsam ist, daß in Neudietendorf eine konkrete Umsetzung der Tropenidee Zinzendorfs lange Zeit »funktioniert« hat: Neudietendorf war eine »lutherische Brüdergemeinde«. Neben den brüderischen Einrichtungen galt die landeskirchliche Kirchenordnung. Die Gemeinde war sowohl der Unitätsältestenkonferenz als auch dem Gothaischen Oberkonsistorium unterstellt.

Im Laufe der Zeit wurde jedoch die Oberaufsicht des Gothaer Oberkonsistoriums als hemmend empfunden. Es durften z.B. keine »Ausländer«, also Personen, die nicht zum Herzogtum Gotha gehörten, die Pfarrstelle besetzen. So beantragte schon 1820 die Gräfin Einsiedel, welche die Patronatsrechte innehatte, beim Landesherrn u.a. die Loslösung von der Gothaer Oberaufsicht. Die Regierung in Gotha taktierte jedoch. Sie gab z.B. in der Stellenfrage nach, regelte auch die Frage der Kirchen- und Schulinspektionen großzügig, hielt aber an ihrer Oberaufsicht fest.

In den Revolutionswirren um 1848 schien sich eine Trennung von Staat und Kirche abzuzeichnen. In der Brüdergemeinde hatte man Bedenken, daß die mögliche Unterstellung unter ein demokratisch gewähltes bürgerliches oder synodales Gremium Schwierigkeiten bringen könnte. In Absprache mit der UAC und der Ältestenkonferenz in Neudietendorf reichte schließlich die Gräfin von Einsiedel am 15. Oktober 1848 abermals ein »unterthäniges Gesuch« an den Herzog ein. Am 19. März 1849 kam der positive Bescheid. Die landeskirchlichen Bewohner Neudietendorfs wurden seitdem vom Prediger der Brüdergemeinde mit betreut. Pfingsten 1849 wurde der bisherige Kirchenraum auf dem Rittergut geräumt und von nun an der große Gemeinssaal als Gottesdienstraum genutzt. Das Brüdergesangbuch durfte jetzt auch im Sonntagsgottesdienst gebraucht werden und nicht mehr nur bei den besonderen brüderischen Veranstaltungen. Der schwarze lutherische Talar jedoch wurde weiterhin – noch bis vor wenigen Jahren! – vom Prediger zur sonntäglichen Predigtversammlung getragen. An der weiteren Entwicklung des Miteinanders von Brüdergemeinde und Landeskirche in Neudietendorf wird deutlich, daß das gemeindliche und geistliche Miteinander, wie es in der Tropenidee Zinzendorfs angelegt ist, nicht mit der organisatorischen Loslösung der Brüdergemeinde vom Gothaer Konsistorium abgebrochen

wurde. Die 1965 erfolgte Bildung eines gemeinsamen Kirchspiels, welches die landeskirchlichen Gemeinden Dietendorf und Neudietendorf sowie die Brüdergemeine umfaßt, steht in dieser Tradition.

Für die Fragestellung nach der Rolle der Brüdergemeine in der politischen Situation von 1848 läßt sich am Beispiel von Neudietendorf zusammenfassend folgende Linie nachzeichnen:

1. Ein durch konkrete Einengungen begründetes Streben nach größerer Unabhängigkeit vom Gothaer Oberkonsistorium ist deutlich. Das Oberkonsistorium versuchte, der Brüdergemeine weitgehend entgegenzukommen. Der Sonderstatus sollte gewahrt – und die Oberaufsicht erhalten bleiben.

2. Der jeweilige Herzog setzte – wie in lutherischen Ländern üblich – sein »landesherrliches Summepiskopat« mit Hilfe einer konsistorialen Kirchenbehörde durch. Nach den revolutionären »Vormärz-Unruhen«, die schließlich auch in Gotha 1848 kulminierten, rückte eine Trennung von Kirche und Staat in den Bereich des Möglichen. Mit dem Sturz der Fürstenherrschaft wäre somit auch die kirchliche Herrschaft »entthront« worden.

3. Die Brüdergemeine war grundsätzlich am Fortbestehen der fürstlichen Herrschaftsverhältnisse interessiert, da ihr diese durch die erlassenen Konzessionen einen Rechtsschutz garantierten. Diese Untertanentreue wollte man nicht aufgeben. Dennoch unternahm man realpolitisch sinnvolle Schritte zur eigenen Bestandssicherung.

4. Eine von einem Landesfürsten unabhängige Kirche würde höchstwahrscheinlich durch eine weltlich-demokratische oder kirchlich-synodale Macht beeinflußt bzw. geleitet werden. Dies erschien der Brüdergemeine Neudietendorf als ein unabwägbares Risiko.

5. Als sich gesellschaftspolitische Umstrukturierungen abzeichneten, in deren Folge der fürstliche Rechtsschutz unterhöhlt werden konnte, wandte man sich an die zuständige Stelle, den Herzog, um größere Freiheit zu bekommen. Dieses Streben lag im Trend der Zeit nach freier Selbstbestimmung.¹²

6. Die regierenden Herzöge waren sich der wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung von Neudietendorf durchaus bewußt. Möglicherweise wußten sie auch noch um die Entschlossenheit, mit der die Brüdergemeine fruchtbare Niederlassungen aufgeben konnte, wenn sie politisch dazu gedrängt wurde. Es entsteht der Eindruck, daß bewußt die Schwäche des Herzogs ausgenutzt wurde.

7. Obwohl es 1849 auch Neudietendorf betreffende politische Veränderungen gab (z.B. wurde die Gerichtsbarkeit nach Ichtershausen verlegt), änderte sich grundsätzlich und praktisch wenig an den Herrschaftsverhältnissen. Die befürchtete Trennung von Kirche und Staat – und die daraus resultierende

12 H. Billhardt, *Neudietendorf und seine Umwelt*, Kornhochheim 1985, 53ff.

Konstituierung einer selbständigen Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Thüringen – geschah erst als Ergebnis der Novemberrevolution von 1918.

4. Christiansfeld »eine Gemeinde im Krieg«

Christiansfeld ist die einzige Brüdergemeinde in Deutschland, die in dieser Revolutionszeit unmittelbar mit kämpfenden Armeen konfrontiert wurde, auch wenn keine Opfer unter der Zivilbevölkerung und keine Zerstörung von Gebäuden zu beklagen waren.¹³

Der dänische König Friedrich VII. – sein Vorgänger war am 20. Januar 1848 gestorben – mußte sich dem Druck von 15.000 Demonstranten in seiner Hauptstadt beugen, die einen Wechsel der Minister erzwangen. Die dänische Regierung wollte die augenscheinliche Schwäche Preußens nutzen und traf Anstalten, die Provinz Schleswig an Dänemark anzugliedern, um auf diese Weise die (seit Jahrhunderten von allen Königen Dänemarks immer wieder feierlich bestätigte) Vereinigung der Herzogtümer Schleswig und Holstein aufzuheben. Die Ständeversammlung in Kiel sprach sich dagegen am 18. März 1848 (!) im Namen der Bevölkerung für einen Anschluß Schlesiws an den Deutschen Bund aus. Als der dänische König dennoch am 24. März die »unzertrennliche Verbindung Schlesiws mit Dänemark« proklamierte, konstituierte sich noch am selben Abend eine provisorische Regierung – in einer bemerkenswerten Zusammensetzung: zu ihr gehörten ein Professor, ein Prinz, ein Graf, ein Kaufmann und ein Advokat. Das dänische Volk jubelte – und die Bevölkerung Deutschlands stand in seltener Einmütigkeit hinter den Schleswig-Holsteinern. Der schleswig-holsteinische Konflikt – entstanden aus einem erwachenden dänischen Nationalbewußtsein – wurde so praktisch auch zu einem Ausdruck des Strebens nach einer einigen deutschen Nation.

Ein Teil des schleswig-holsteinischen Militärs schloß sich der provisorischen Regierung an. Freikorps besetzten die Festung Rendsburg. Am Sonntag Palmatum, dem 15. April, kam Friedrich VII. mit einem Teil der – damals noch gut gelaunten – Garde auf dem Weg nach Friedericia durch Christiansfeld, frühstückte und versicherte der Gemeinde sein Wohlwollen. Auf Antrag der provisorischen Regierung wurden im alten Bundestag die Bundesexekution gegen Dänemark beschlossen und die Regierungen von Preußen und Hannover damit beauftragt. Auch dies geschah unter dem Druck des Volkes. Friedrich Wilhelm IV. hatte freilich wenig Neigung, gegen einen »König von Gottes Gnaden« für eine revolutionäre Sache Krieg zu führen. Dennoch waren die Weichen gestellt: Auf deutscher Seite standen insgesamt 30.000 Mann – darunter übrigens

13 Vgl. zu diesem Kapitel Bericht von Christiansfeld vom Jahr 1848 (1849, Bd. II, Teil 3, S. 245-271) und 1849 (1850, Bd. II, Teil 3, S. 140-160) in *Nachrichten aus der Brüdergemeinde*.

6.000 Sachsen, die zur »Erhaltung der Ordnung« unmittelbar zuvor schon in Thüringen eingesetzt worden waren, weiterhin Soldaten aus Oldenburg, Braunschweig, Mecklenburg, Hannover, Mainz usw.; unter den Freischärlern befanden sich auch zwei Neudietendorfer. Die dänische Streitmacht umfaßte etwa 14.000 Mann. Dänemarks Flotte blockierte wirkungsvoll die Elbe-Häfen (was auch die Herrnhuter Firma Dürninger betraf). Besonders das deutsche Freikorps unter Major v.d. Tann ging energisch und siegreich vor. General Wrangel (»Papa Wrangel« – bemerkenswert diese väterliche Vertrautheit ausstrahlende Formulierung, die Assoziationen zum im brüderischen Sprachkontext gebräuchlichen »Papachen« als Bezeichnung für den Grafen Zinzendorf nahelegt!) jedoch bremste und verbot sogar nach der dänischen Niederlage bei Schleswig am 23. April die Verfolgung der geschlagenen Dänen.

Doch zuvor geriet der Prediger von Christiansfeld, Br. Röntgen, in eine schwierige Lage: Er sollte seine möglichen Kontakte zur provisorischen Regierung offenlegen, seine politische Gesinnung erklären und sagen, »ob er ein guter dänischer Patriot sein und seinem angestammten Herrscherhause treu ergeben« sein wolle. Bezüglich der ersten Frage gab es für ihn nichts (Gegenteiliges) zuzugeben. Und »wegen der zweiten Frage bemerkte er, wie er sich gern von allen politischen Händeln fern hielt, indem seine Wirksamkeit für das göttliche Reich unsers Erlösers seine ganze Thätigkeit in Anspruch nähme, wobei er sich indeß stets werde angelegen sein lassen, der Vorschrift der heiligen Schrift nachzuleben, der Obrigkeit, die Gewalt über uns hat, unterthan zu sein«. So heißt es im Jahresbericht von 1849.

Am 1. Mai erschienen preußische Truppen unter General Wrangel. Der Ort erlebte noch viele Durchmärsche und Einquartierungen, war sogar für kurze Zeit preußisches Hauptquartier. Mit dem auf den Druck der Großmächte England und Rußland auf Preußen zustande gekommenen Waffenstillstand vom 10. Juli 1848 kehrte – bis zum Aufflammen der Kämpfe 1849 – wieder Ruhe im Land ein. Die deutschen Truppen zogen sich zurück.

Wie hat sich die Brüdergemeinde Christiansfeld in dieser Zeit politisch verhalten? Sie mußte ja »Farbe bekennen«. Br. Röntgens Hinweis auf Römer 13 zeigt eine geläufige und pragmatische Ansicht. Von freiwilliger politischer Meinungsäußerung kann unter den gegebenen Umständen nicht geredet werden. Dagegen ist der Hinweis auf die wichtigere Tätigkeit für das Reich Gottes durchaus als ehrlich zu verstehen und Grundanliegen der Brüdergemeinde. Die politische Dimension eines solchen Dienstes wird hier freilich verleugnet.

Erhellend war eine weitere, ähnlich schwierige Situation: Nachdem Unbekannte vor der Predigerwohnung eine schleswig-holsteinische Fahne »aufgepflanzt« hatten und diese von einem »dänisch gesinnten Landsmann« zerrissen worden war, ließ der preußische Ortskommandant die Ortseinwohner antreten und drohte im Wiederholungsfall mit ernsthaften Strafen. Diese Drohrede, so wird im Jahresbericht erläutert, gelte freilich nicht »uns« (den

Christiansfeldern), sondern »dem uns umgebenden fanatischen dänischen Landvolk«. Danebrog-Fahnen und landsturmtaugliche Waffen wurden daraufhin in der Umgegend eingesammelt – und in Christiansfeld deponiert. Christiansfeld erscheint hier wie eine Insel im national wallenden Meer, als ein natürlicher deutscher Vorposten. Die Bewohner kamen mit dem preußischen Militär gut aus.

»Es that uns doch sehr wohl, nun vor den Insulten des uns umgebenden dänischen Landvolkes gesichert zu sein. Wir waren bei demselben einmal in üblem Ruf wegen unsrer deutschen Gesinnung; es ließ uns seinen fanatischen Haß gegen alles Deutsche bei jeder Gelegenheit fühlen...«¹⁴

So bat man General Wrangel, als der Ort wieder einmal vom Militär geräumt werden sollte, um eine preußische Besatzung, – vergeblich. Als Br. Röntgen sich bald darauf rechtfertigen sollte, warum er nicht für den König von Dänemark und um den Sieg der dänischen Waffen im Gottesdienst gebetet habe, zog er es vor – natürlich im Bewußtsein, sich den dänischen Behörden gegenüber mit dem Schreiben eines Briefes legitim verhalten zu haben – nach Herrnhut zur Synode zu reisen.

An diesen und ähnlichen Begebenheiten wird deutlich, wie Christiansfeld ein Fremdkörper im Land war. Auch dies ist für Brüdergemeinorte charakteristisch: So wie jeder Brüderische in jedem Brüdergemeinort auf der weiten Welt (fast) selbstverständlich zu Hause war, so fremd waren die Brüdergemeinorte (oft) in ihrer Gegend. Wir haben dieses Phänomen schon in wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und religiöser Hinsicht beschrieben. Hier tritt nun noch der nationale Aspekt hervor: In Christiansfeld war »man« deutsch. So sah es jedenfalls von außen aus. Doch es ist zu differenzieren! Eine Episode mag dies veranschaulichen: Ein »Anstaltsbruder« wurde in der Nähe des Ortes von einem dänischen Bauern »angefallen«.

»Da er auf die Frage: ob er ein Deutscher sei? nicht gleich antwortete, erhielt er einen starken Schlag über den Rücken. Hierauf sagte ihm der Bruder auf dänisch, er sei ein Russe (denn er war ein geborner Livländer), worauf der Däne ihn sehr demüthig um Vergebung bat.«¹⁵

Man bedenke: Was sucht im dänisch-ländlichen Schleswig-Holstein ein deutsch und dänisch sprechender und in Livland geborener Mensch? Das eingängige Freund-Feind-Schema funktionierte hier nicht. Zugleich zeigte sich aber die brüderische Exklusivität in voller Schärfe – und dabei wurde durch gelingende verbale Kommunikation brachiales Vorgehen überwunden.

Freilich gab es auch innerhalb des scheinbar so geschlossenen Ortes unterschiedliche nationale Sympathien. Die Erfahrung, daß man politisch in verschiedene Lager aufgespalten gewesen war, wird rückblickend für »betrü-

14 Jahresbericht in *Nachrichten aus der Brüdergemeine* (1849), II S. 255.

15 Ebenda, S. 256.

licher« gehalten als die materiellen Verluste. Persönliche Freundschaften und die geschwisterliche Liebe waren hier und da zerbrochen. Junge Brüder hatten einander in den feindlichen Heeren gegenübergestanden. Es klingt merkwürdig zu hören, welche Plätze als Versöhnungsorte erlebt wurden: am Krankenbett – auch der Kirchsaal wurde als Lazarett genutzt – und am Grab reichte man sich wieder die Hand. 117 Soldaten beider Seiten sind auf dem Christiansfelder Gottesacker beigesetzt.

So verständlich die nationalen Parteinahmen auch gewesen sein mögen: Eine multinationale Gemeinschaft, die in einer so engen Lebens-, Arbeits- und Glaubensgemeinschaft lebt, wie es in einer Ortsgemeinde der Fall ist, wird in ihrem Bestand durch solche Frontenbildungen bedroht. Dies konnte nur – nach brüderlicher Lebensart – durch den Glauben in Liebe überwunden werden. Das Ver- und Aburteilen anderer lag der Brüdergemeinde von jeher fern. Selbst bei der Klage über diese »Sichtung« (!) wird dennoch offengelassen, ob diese Entwicklung ein »Abkommen der Herzen von der seligen Gnadenspur« gewesen sei oder ob nicht aus einer tieferen Selbsterkenntnis heraus eine um so festere Verbindung zu »dem einigen Herrn und Heiland« das Ergebnis war. Die Niederschriften jener Zeit atmen jedenfalls über weite Strecken einen solchen Geist der Versöhnung, des Mitleides mit den Verwundeten und der aufopfernden Liebe, auch wenn sie dabei auf uns wenig politisch pointiert wirken.

Die Christiansfelder begegneten auch bei dem preußischen Militär Menschen, »die mit uns auf einem Grunde des Glaubens standen, und die hier einen brüderlichen Umgang suchten und fanden«. Doch diese Sympathie machte nicht blind:

»Von einem dänischen Soldaten wurde erzählt, wie er vor dem Beginn der Schlacht den Herrn angerufen, daß Er es doch so leiten wolle, daß seine Kugel Keinen träfe, der nicht bereit sei, aus diesem Leben abzuschneiden. Als nun der Kampf anging, geschah es, daß Alle um ihn her flohen; er aber bemerkte, daß sein Nebenmann verwundet zu seiner Seite lag. Er nahm ihn auf seine Schulter, und brachte ihn glücklich in ein Haus, wo er die Erlaubniß erhielt, ihn zu pflegen. Hier nun hatte er die Freude, daß der Verwundete zur Erkenntniß seiner Sünden und des Heils in Christo Jesu gelangte und selig starb.«¹⁶

Auf dem Hintergrund brüderlicher Frömmigkeit, besonders dem unverkrampften, von fröhlicher Erwartung getragenen Verhältnis zum Sterben, erscheint dies nicht als zynisch, sondern ist als ein gutes Zeugnis lebendiger Frömmigkeit – hier zugunsten des »Gegners« – zu werten. Wichtiger als national-politische Zugehörigkeiten war also der persönliche Glaube an den Heiland. Selbst im militärischen Gegner wird noch der einer Gottesbeziehung bedürftige Mensch erkannt. Selbstlos halfen die Christiansfelder den Verwundeten beider Seiten.

Die Ältestenkonferenz mußte nach dem Ende des Krieges mit »unbelasteten« Geschwistern neu besetzt werden. Die Diasporaarbeit von Christiansfeld aus

16 *Nachrichten aus der Brüdergemeinde* (1849) II, 258

stieß dänischerseits zunehmend auf einen national begründeten Widerwillen.¹⁷ Der von Christiansfeld aus seit 1843 arbeitende »Nordschleswigsche Missionsverein« – er wurzelte in den Erweckungsbewegungen der 1820er Jahre – übernahm die Rolle und Bedeutung der brüderischen Diasporaarbeit durch die Sammlung von an Heidenmission interessierten dänisch-national orientierten Geschwistern, die vormalig von der Brüdergemeinde betreut worden waren. Aus ihm wurde später die »Brødremenighedens Danske Mission«. 1891 mußten die Internate aufgegeben werden, da auch die skandinavischen Länder Norwegen und Schweden zunehmend antideutsch eingestellt waren. Die deutsche Prägung Christiansfelds wirkte sich also faktisch negativ aus. Das lag allerdings nicht an einer besonderen »deutschen Aggressivität« in der Brüdergemeinde, sondern an der größeren politischen Entwicklung.

Abschließend ist zu erwähnen, welcher regen Anteil die übrigen Brüdergemeinen – auch weit über Deutschland hinaus – am Ergehen Christiansfelds nahmen. Es wurden besondere Kollekten gesammelt. Insgesamt kamen auf diese Weise 990 Taler zusammen. Sie wurden an die von Einquartierung Betroffenen sowie an arme und hilfsbedürftige Geschwister verteilt.

5. Herrnhut, Niesky und Ebersdorf – und ihre Fürsten

Am Beispiel dieser drei Ortsgemeinden soll das Verhältnis zu königlichen und fürstlichen Obrigkeiten exemplarisch entfaltet werden. Zunächst ist auffällig, welches großes Interesse Fürsten und Könige an Brüdergemeinorten immer wieder hatten. Besonders durch Kriegsereignisse ergaben sich Begegnungen, die das Bild von der Brüdergemeinde positiv veränderten. Es gab viele Besuche von Fürsten, Herzögen und Königen usw.¹⁸ Ein besonderes Interesse galt dabei immer wieder Herrnhut als dem »Ursprungsort« der Erneueren Brüderunität mit seiner besonderen Ausstrahlung. In eigentümlicher Weise gleichen sich die Berichte. Das betrifft nicht nur die organisatorischen Abläufe, die Begrüßung, das Besichtigungsprogramm usw., sondern auch die seitens der Besuchten zum Ausdruck gebrachte »innige Verehrung«, die von »Ehrfurcht« getragen wurde und die »huldreiche Aufmerksamkeit« sowie das »gnädige Wohlwollen«, welche die Besuchenden beteuerten. Zweifellos haben solche Besuche ein positives und »persönliches« Verhältnis vieler Gemeinmitglieder zu den jeweiligen Herrschern hergestellt.

17 B. Hägglund, *Geschichte der Theologie*, Berlin 1983, 287: Die nach N.F.S. Grundvig genannte theologische Richtung des »Grundvigianismus« in Dänemark ist hier zu nennen. Sie trug in ihrem Bestreben nach einer freien Staatskirche (freilich ohne Glaubenszwang und unter Aufnahme volkstümlicher Elemente aus der nordischen Mythologie) wesentlich zur Nationalisierung Dänemarks bei.

18 Eine ausführliche Auflistung ist zu finden bei G. Korschelt, *Geschichte von Herrnhut*; Berthelsdorf-Leipzig 1853, 125-133.

Der gute Ruf der Brüdergemeinde war viele Jahrzehnte lang – neben der schon benannten handwerklich-wirtschaftlichen Seite – besonders durch das Schulwesen begründet. Auch die Jugend begeisterte sich für »Helden, Könige und Fürsten«, und wenn diese selbst erschienen, so hinterließ dies zweifellos einen tiefen Eindruck. Später kann man darüber lesen:

»Besondere Pflanzstätten preußisch-vaterländischer Gesinnung waren die Schulen, allen voran das Pädagogium. Friedrich der Große, Zieten, Seydlitz, der greise Feldmarschall Blücher, das waren die Helden, denen das jugendliche Herz damals begeistert entgegen schlug. Diese Liebe zu Preußen und dem preußischen Königshaus schuf in der Unterabteilung das 'Nieskyer Regiment' mit seinen soldatischen Übungen. Und der Tag, an dem dieses Regiment sich 1844 auf den Königshainer Bergen Seiner Majestät König Friedrich Wilhelm IV. vorstellen durfte, galt immer als der größte Ehrentag seiner Geschichte.«¹⁹

Das »Nieskyer Regiment« war übrigens kein Sonderfall, sondern solche »paramilitärischen Kinderorganisationen« – ursprünglich angeregt übrigens von einem Bruder aus der Schweiz! – lagen durchaus im Geist der Zeit und blieben nicht auf Niesky beschränkt. In eigenartig ganzheitlicher Weise waren im brüderischen Erziehungswesen erweckte Frömmigkeit, Bildung, Patriotismus sowie Sport und Spiel ineinander verschränkt, so daß uns eine pauschale Beurteilung nach den alternativen Kategorien »fortschrittlich« und »konservativ« nicht recht gelingen will.²⁰

Die politischen Erschütterungen des Jahres 1848 wurden deshalb auch in Niesky »sehr ernst« genommen. So erfüllten die Vorgänge in Berlin das »königstreue Niesky mit tiefer Betrübniß«. In diese Situation passen ebenso die Feierlichkeiten anlässlich landesfürstlicher Jubiläen, wobei man freilich zugeben muß, daß ein gewisser »gesellschaftlicher Zwang« bestand. Drei Faktoren bei der Beschreibung des Verhältnisses von Brüdergemeinorten zu Herrscherpersönlichkeiten sind noch besonders zu erwähnen:

1. Viele Brüdergemeinmitglieder wechselten im Laufe ihres Lebens wiederholt ihren Wohnort. Sie erlebten also unterschiedliche jeweils zuständige Herrschaften B im Gegensatz zur bodenständigen bäuerlichen und der städtischen Bevölkerung. Welche Auswirkungen mag das auf das enge »persönliche« Verhältnis zu den regierenden Fürsten und Königen gehabt haben? Auch wenn damals weitgehend diese Herrschaftsform als gottgegeben bzw. als natürlich angesehen wurde, so darf daraus – bezüglich der Brüdergemeinde – nicht ein

19 F. Geller, *Aus Nieskys Vergangenheit*, Sonderdruck aus dem *Volksfreund aus der Oberlausitz* (September 1941), 10.

20 Vgl. *Zinzendorfschulen, Festschrift zum 175jährigen Bestehen*, Villingen 1992, 69; ferner auch G. Philipp, »Die Sozial- und Wirtschaftsstruktur und die kulturellen Ausstrahlungen der Herrnhuter Brüdergemeinde in Schlesien im 18. und 19. Jahrhundert« in: *Kirchen und Bekenntnisgruppen im Osten des Deutschen Reiches*, Hg. von B. Jähning u. S. Spieler, Bonn 1991, 71-76, 101, 118f.

statisches Prinzip blinder Kritiklosigkeit oder ein latentes Gefühl von persönlicher Abhängigkeit geschlußfolgert werden. Im Gegenteil! Das immer wieder zu beobachtende Selbstbewußtsein, der »Freimut«, mit dem man auch vor Throne trat, hatte auch eine ganz praktische Wurzel: Man hatte ja unterschiedliche Herrscher kennengelernt und wußte um die Endlichkeit und menschliche Begrenztheit ihrer Macht.

2. Eng damit zusammen hängt der Aspekt der »Theokratie«, wie sie in der Praxis der Ortsgemeine gelebt und vom »Generalältestenamt« Christi her begründet wurde. In der Brüdergemeine sollten Menschen nicht »vergottet« werden. Personenkult galt in einer solchen Frömmigkeit als Fehlentwicklung. Die Argumentation ist freilich nicht die, daß etwa mit Apostelgeschichte 5,29 (Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen) die Aussage von Römer 13 (Seid untertan der Obrigkeit, welche Gewalt über euch hat) unterlaufen worden wäre oder betont würde, daß die Göttlichkeit Gottes ohnehin keinem Menschen zustehe. Sondern (um es mit Worten Zinzendorfs zu einer vergleichbaren Situation zu formulieren) weil der, der das »Regiment über Luft und Winde, Land und See, Licht und Finsternis hat« mit jedem Menschen einen brüderlichen und vertrauten Umgang haben will, deshalb ist nicht Menschenfurcht, sondern eine Freimütigkeit angemessen, welche »die hohe Idee, die ihre [der Mächtigen] Größe und Gewalt einflößt, ... vergessen« läßt.²¹

3. Viele Brüdergemeinorte wurden auf Rittergütern errichtet. Durch Konzessionen der Ortsherrschaften wurde der Rechtsstatus festgelegt. Das ist hier insofern von Bedeutung, als mit der klaren Unterstellung der Brüderischen unter die Obrigkeit im Rahmen dieser Bedingungen ein gewisser Freiraum von direkter herrschaftlicher Machtausübung erlangt wurde. Ein »Hineinregieren« in die Angelegenheiten der Gemeinde war unerwünscht und wurde nach Möglichkeit unterbunden.

1840 hatte der Ort Ebersdorf²² 1192 Einwohner, wovon in diesem Jahr 272 Glieder der Brüdergemeine waren, die in einer besonderen Siedlung wohnten. Ebersdorf war damals eine typische kleine Residenzstadt. Der regierende Fürst Heinrich LXXII. galt als launisch, brutal, herrschsüchtig und jähzornig bis zur Unbeherrschtheit. Alles drehte sich um diesen Fürsten, der seine Untertanen als Kulisse für seine Feste brauchte. Dennoch ist z.B. aus dem Jahr 1839 überliefert,

21 Zit. nach Zinzendorf und die Herrnhuter Brüder, Hg. von Hans-Christoph Hahn und Hellmut Reichel, Hamburg 1977, 318f, Abs. 10, (*Nachrichten aus der Brüdergemeine* (1819): 318ff.

22 Vgl. hierzu *Ebersdorf – Schriftenreihe zur Geschichte Ebersdorf im Kreis Lobenstein*, Lobenstein: H.-E. Weber, *Ebersdorf in früherer Zeit und als Residenz der Reußen*, Heft 2, 1987; Fr. Vollprecht, *Die Evangelische Brüdergemeine in Ebersdorf seit 1730*, Heft 3, 1991; H.-W. Weber, *Der Ebersdorfer Park*, Heft 5, 1991; H.-W. Weber, *Die Reußen in Ebersdorf*, Heft 8, 1996.

daß »die Liberalität des Fürsten den Eintritt in den Garten und die Anlagen« gern erlaubt habe. Die unmittelbare Abhängigkeit vom Hofe verhinderte zwar revolutionäre Handlungen der Ebersdorfer. Aber am 8. März 1848 kam es zu einem Protestmarsch von Bewohnern der umliegenden Dörfer – von den »Hirschbergern«, die eine Deputation zum Fürsten begleitet hatten. Sie forderten »Pressefreiheit, Öffentlichkeit und Mündlichkeit der kriminellen Rechtspflege, Volksbewaffnung und selbständige Repräsentativverfassung«. Angesichts der bewaffneten Soldaten vor dem Schloß und im Wissen um die Rücksichtslosigkeit und Brutalität des Fürsten war ein noch schlimmeres Blutbad zu befürchten, als es der Despot 1826 in Harra hatte anrichten lassen. Die Hirschberger kehrten um. Von den Brüdern wurde eine Sicherheitswache eingerichtet, die zusätzlich zu der gewöhnlichen Nachtwache nachts patrouillierte. Solche Kommunalgarden gab es auch in anderen Brüdergemeinorten, wie z.B. Herrnhut und Berthelsdorf, Neusalz und Neuwied. Dennoch erreichte in Ebersdorf der öffentliche Druck, daß einige Forderungen, wie z.B. die der Pressefreiheit und öffentlichen Gerichtsverhandlungen, bewilligt wurden. Heinrich LXXII. dankte am 15. April ab, legte am 1. Oktober 1848 sein »Regierungsamt« nieder und zog sich auf seine auswärtigen Güter zurück. Ebersdorf fiel an die Schleizer Herrschaft. »Viele Ebersdorfer« baten Heinrich LXXII. jedoch bald darauf, wieder in Ebersdorf zu leben. Man war bereit, die fürstlichen Launen zu ertragen, »wenn man nur wieder den Geldstrom (durch die fürstliche Hofhaltung) zum Fließen hätte bringen können.«²³ Doch der Fürst kam nicht wieder. Als die Brüdergemeine in einer »Ergebenheitsadresse« ihrer »Pflicht« genügen wollte, »Seiner Durchlaucht in diesen Zeiten zuzusprechen, daß die früher schon gegebenen Versicherungen von Ergebenheit der Ausdruck unserer innersten Gesinnung seien«, kam der Fürst auf die Idee, Ebersdorf in »Treuen-Ebersdorf« umzubenennen, was aber – glücklicherweise – ebenfalls nicht geschah. Auch in Ebersdorf beteiligte man sich an der Wahl zur Bundesversammlung in Frankfurt: Es wurde Dr. Franz aus Lobenstein gewählt. Die Bevölkerungszahl von Ebersdorf halbierte sich in den nächsten 50 Jahren, was sich freilich nicht entsprechend auf die Mitgliederzahl der Brüdergemeine auswirkte.

6. Die Diasporaarbeit »fromm und lebensnah«

Zunächst sei auch an dieser Stelle auf die enge Verbindung zwischen der Gesamtunität und den Diasporakreisen hingewiesen, die durch das Vorlesen der geschriebenen und gedruckten Berichte und der Mitteilungen aus »aller Welt« vorhanden war. Die Berichte aus der Diaspora der Jahre 1848/49 enthalten zunächst viele Schilderungen, die in jenen Jahren als allgemein üblich bezeichnet werden können: Es wird erzählt von den Reiseerlebnissen, von Einzelgesprächen

23 Weber, Ebersdorf in früher Zeit, 37.

und Erbauungskreisen, von persönlichen Glücks- und Unglücksfällen, von Liebe, Krankheit und Tod, von Zweifeln, Hoffnung und Glauben, von Sünde und Bewahrung, von gelungener und mißglückter Seelsorge, von konfrontativen und emphatischen Gesprächen, von volkskirchlicher Normalität und sektiererischen Entgleisungen, von weltlichen Dingen und von tiefen religiösen Erfahrungen. Hier wird deutlich: Über die Diaspora-Arbeit hatte die Brüdergemeinde persönliche Kontakte zu weiten Volkskreisen und einen großen seelsorgerlichen Einfluß auf viele Menschen.

Zum Thema »1848« finden sich eine ganze Reihe interessanter »Randbemerkungen«, aber auch längere Passagen: Br. Enkelmann berichtet z.B. von seinen Besuchen im Ebersdorfer Diaspora-Bezirk:

»Die Ruine des fürstlichen Schlosses Schönburg-Waldenburg gewährte einen schauer-vollen Anblick. Ein Kind von 6 Jahren erzählte mir mit Thränen, wie fürchterlich es ausgesehen habe, als die Feuerfunken über die Stadt flogen.«²⁴

Im Bericht von Br. Buch von seinen Besuchen in der sächsischen Oberlausitz und Niederschlesien 1848 ist zu lesen:

»Die Unruhen im Lande bringen manche unsrer Geschwister in eine mißliche Lage. Bei den Zügen zu den herrschaftlichen Wohnungen wurden manche zur Theilnahme aufgefordert, und im Weigerungsfalle ihnen wohl die Fenster eingeworfen. Dies bewog einen Bruder in Leupe sich dem Zuge anzuschließen; er versicherte aber, daß seine Nachgiebigkeit ihm mehr Kummer gemacht habe, als wenn er seine Fenster preisgegeben hätte, indem er bei der dreitägigen Belagerung des Schlosses, bis die nach dem Herrn abgesendete Deputation zurückgekommen war, Zeuge der rohesten Ausschweifungen sein mußte. Das Gute – meinte er – habe es für ihn gehabt, daß er nun einsehe, wie er ohne die rettende Gnade Gottes zu gleichen Handlungen fähig geworden wäre, und wie wir, je länger wir es mit der Bekehrung anstehen lassen, immer tiefer unter unsre menschliche Würde herabsinken.«²⁵

Aus dem Bericht von Br. Baudert von seinen Besuchen am Ober-Rhein 1849:

»In der nämlichen Nacht (des 13. Mai) brach nämlich in der 2 Stunden entfernten Residenz Karlsruhe die bekannte Revolution aus, die sich in diesem schönen Lande blitzschnell verbreitete. Schon am andern Morgen erfuhren wir die traurige Kunde in dem einsam gelegenen Hofe, bei welchem Männer und Frauen kleine Kinder tragend und größere an der Hand führend flüchtend vorbeikamen ... Unterwegs begegnete ich einige Mal mehreren hundert Freischaaren, deren zum Theil furchtbares Aussehen auf mich einen wehmüthigen Eindruck machte. Da war es denn kein Wunder, wenn Väter und Mütter ihren mit Gewalt ihnen entrissenen Söhnen händeringend und bitterlich weinend nachblickten, bis ihnen der wilde Zug unter grausigem Johlen in kurzem ent-schwand. War es doch nicht anders als ob der Satan mit seinem ganzen Höllenheer sichtbar auf Erden hauste. Aus den mit lang herabhängenden Haaren bewachsenen Gesichtern der Unholde funkelten nach Vernichtung und Blut dürstende Augen ...«

24 *Nachrichten aus der Brüdergemeinde* (1849) III, 109.

25 *Nachrichten aus der Brüdergemeinde* (1850) III, 26.

Von der politischen Bewertung und der theologischen Rezeption her entsprechen diese Berichte den schon geschilderten Tendenzen. Bemerkenswert ist aber, daß aus der Diaspora gelegentlich positive Stimmen bei der Beurteilung der liberalen Ergebnisse der Revolution zu hören sind. Im Bericht von Br. Baudert aus Neuwied von seinen Besuchen am Ober-Rhein 1848 heißt es:

»Zum Schluß meines Berichts muß ich noch zu Gottes Preis und Ehre bemerken, daß ich in diesem verhängnisvollen Jahr allenthalben ungestört habe reisen und Versammlungen halten können. Diese sogenannte 'März-Errungenschaft,' wie das Wort von Vielen in gutem und bösem Sinn gebraucht wird, ist auch von vielen Christen sowohl zu ihrer eignen Erbauung, als auch zur Ausbreitung des Reiches Gottes benutzt worden. Allen, die an der Ausbreitung des herrlichen Gnadenwerkes auf Erden Theil nehmen, wird es interessant sein zu vernehmen, daß auch im Großherzogthum Hessen-Darmstadt, in welchem noch im vorigen Jahr das Verbot aller Missionsstunden streng ausgeübt wurde und nicht einmal Missionsbeiträge gegeben werden sollten, in diesem Jahr ein öffentliches Missionsfest in dem am Rhein gelegenen Städtchen Oppenheim feierlich begangen wurde ... Auch wurde überhaupt allen unsern Geschwistern durch die Zeitverhältnisse Hoffnung gegeben, sich in Zukunft einer unbeschränkteren Glaubens- und Gewissensfreiheit erfreuen zu können.«

Aus Frankreich schließlich schreibt Br. Enequist in seinem Bericht über die Pensionsmädchenanstalt in Montauban 1847/48:

»So hatte denn die so plötzlich ausgebrochene Revolution doch wenigstens für dieses Land zwei gesegnete Folgen: sie gab den Sklaven in den Colonien die Freiheit und den Protestanten in Frankreich ihre seit Jahren von der Regierung immer mehr verkannten Rechte. Möchten wir Alle die Stimme Gottes in diesem Ungewitter nicht verkennen!«²⁶

Es war ja ein Anliegen der Brüdergemeine, »erweckte Seelen« in Hauskreisen zu sammeln, um ihnen ein geistliches Überleben in den vorhandenen landeskirchlichen Strukturen zu ermöglichen. Ziel war es nicht, Proselyten zu machen. Dennoch wirkte eine zeitweise und regional durchaus florierende Diasporaarbeit faktisch als eine Kritik an den verfaßten Kirchen. Ein latenter Vorwurf des Separatismus hat hier seine gewisse Berechtigung, auch wenn er – meist mit Erfolg! – seitens der Brüdergemeine durch die bewußte Einbindung der Diasporafreunde in die jeweiligen Kirchgemeinden als unbegründet dargestellt werden konnte. Diese Form gemeindlicher Arbeit war immer von der Zulassung von Treffen und Versammlungen in Privathäusern und teilweise auch in »öffentlichen« Räumen, z.B. in Gasthäusern, abhängig. Landesregierungen und kommunale Behörden verboten oder behinderten aber immer wieder die Diasporaversammlungen, manchmal übrigens nicht nur aus religiösen Gründen, sondern weil man einen wirtschaftlichen Schaden befürchtete, wenn Spendengelder außer Landes geschafft werden würden. Die Liberalisierungstendenzen von 1848 hatten nun zur Folge, daß viele Versammlungen leichter durchzuführen waren. Auch wenn

26 *Nachrichten aus der Brüdergemeine* (1849) II, 363.

durch die für die kommunale Ordnung Verantwortlichen versucht wurde, »vaterlandsverräterische« Treffen zu unterbinden, so waren sie gegenüber den sogenannten brüderischen »Erbauungsstunden« großzügig. So ist festzustellen: Die Diasporaarbeit profitierte dankbar von der revolutionär erkämpften neuen Versammlungsfreiheit.

7. Wertungen und Interpretationen

Bei einem Vergleich der Jahresberichte aus den Gemeinden und Diasporakreisen fällt auf, daß sich die Schilderungen und Wertungen der revolutionären Ereignisse in Berlin am 18. und 19. März 1848 gelegentlich bis in die Formulierungen hinein sehr ähnlich sind. Es wird von einer »drohende(n) Gewitterwolke, (die) über unsern Häupten hing«, von »Empörung und Aufruhr«, von »Anarchie und Bürgerkrieg«, von »Unruhe und Zerrüttung« in einem »an erschütternden Begebenheiten so überreichen Jahr ..., welches Schrecken und Verderben über Unzählige ... gebracht hat«, von »Radicalismus und Communismus«, die »frech ihr Haupt (erhoben), um die vollständige Anarchie herbei zu führen«, von einer »gewaltige(n) Erschütterung aller Staatsverhältnisse«, von dem »Geist der Unzufriedenheit und des offenen Auflehns gegen Gesetz und Obrigkeit«, der »mit Erstaunen-erregender Geschwindigkeit von einem Ende Deutschlands bis zum andern« die »Throne wanken« ließ, usw. gesprochen. Doch zum Glück »löste sich auch da und dort das zusammengeworfene Chaos wieder in Ordnung auf ...«. Es wird übrigens gelegentlich von einer »Offenbarung Seines heiligen Zornes«, von einem »gerechten Strafgericht Gottes« nicht nur »über Völker«, sondern auch über »Fürsten« geredet – ein bemerkenswert kritischer Ton.

Die theologischen Reflexionen stehen übrigens in fast allen Berichten im Zusammenhang mit Losungsversen (!) oder laufen recht einhellig darauf hinaus, daß die Treue und Beständigkeit Gottes im Gegensatz zur Unbeständigkeit der Zeit betont werden und daß auch bei diesen »Gerichten des Herrn ... unser Heil und unsre Hoffnung nicht erschüttert werden« kann. Gott hat das alles zugelassen, es handelt sich also um »Versuchungen«, die man in Treue dem Herrn gegenüber bestehen kann. Dem Herrn ist »das Steuer des Weltregiments nicht entfallen«, ja, »das Alles (ist) nur die Vorbereitung zu Seiner Zukunft«.

Dieses »Einschwenken« von den teils durchaus differenzierenden Wertungen der Ereignisse auf religiöse Deutungsmuster und seelsorgerliche Hilfestellungen ist typisch. Grundtenor dabei ist: Trotz der »Ereignisse von 1848« – und in ihnen! – erweist sich Gott als Herr der Geschichte. In politischer Hinsicht teilte die Brüdergemeinde weitgehend die kirchlich-konservative Kritik an revolutionären Aktionen. Sie hielt sich aber – mit ihrer theologischen Interpretation! – trotz der Präferenz für die Wiederherstellung der überkommenen Ordnung auch die Möglichkeit offen, sich einer politisch veränderten Situation gegenüber positiv äußern und sich für sie öffnen zu können.

Mit den in vielen frommen Kreisen grassierenden Endzeitvorstellungen wird in seelsorgerlicher Weise theologisch verantwortlich umgegangen. In den Memorabilien der UAC von 1848 werden z.B. folgende Gedanken ausgeführt:

Endzeitgedanken haben zwar eine »biblische Deckung« durch Jesu Weissagungen, aber das Weltende wird »plötzlich« hereinbrechen, Zeit und Stunde zu wissen »gehört« uns nicht. In der 1800jährigen Kirchengeschichte hat sich schon wiederholt das Weltende angedeutet, auf jeden Fall sollen wir »wachen und beten«, denn Jesu Kommen kann geschehen so, daß es alle betrifft: auf den »Wolken des Himmels«; oder zur »einzelnen Seele«, wenn man stirbt. Die Leiden dieser Zeit können durch Gottes gnädiges Eingreifen überwunden werden - oder uns zugemessen sein zur Prüfung und Läuterung. Immer sind wir zur Treue Gott gegenüber aufgefordert. Seine Zukunft ist unser aller Trost.

Sowohl Bürgerkriegsereignisse als auch liberale Verfassungsänderungen warfen die Brüdergemeine nicht unmittelbar aus der Bahn. Die brüderische Frömmigkeit bewältigte die politische Krisenzeit nicht durch Resignation, Radikalisierung, Weltflucht oder platte Jenseitsvertröstung, sondern es gelang ihr, in alledem den »Ruf des Heilands« nach tieferer Verbindung mit dem »selig-gemachten Sünder« zu sehen.

Das, was – wie wir im Nachhinein feststellen können – die Brüdergemeine tatsächlich in ihrem Grundbestand nachhaltig veränderte, wurde damals freilich nicht in voller Tragweite erkannt: Durch die neuen Landgemeindeordnungen, also durch staatliche Eingriffe, die zwar nicht unmittelbare Folge der Ereignisse von 1848 waren, aber im »Geist der Zeit« lagen, wurde die kommunale Autarkie der Ortsgemeinden aufgebrochen. Die beispiellose christlich-kommunitäre Sozialisationsform »brüderische Ortsgemeine«, die eine »soziale Frage des 19. Jahrhunderts« so nicht kannte, wurde »1848« in ihrem Kern ausgehebelt. Vielleicht haben sogar die revolutionären Unruhen jener Zeit ein tieferes Erkennen dieser Zusammenhänge eher verhindert. Der zeitliche Scheitelpunkt jenes Jahrhunderts fiel somit zusammen mit einem Wendepunkt, der das Ende des »Jahrhunderts der geschlossenen Ortsgemeinen« (H.W. Erbe) einleitete.

Albrecht Stammler, The Moravian Church in Germany and the Political Crisis of 1848

1848, a year of revolutions across Continental Europe, also saw a meeting of the General Synod of the Moravian Church in Herrnhut. The author investigates how individual Moravian congregations responded to the political events of 1848, and establishes that the fresh winds of revival and democracy which blew through the 1848 Synod bore no nationalistic overtones. He examines in detail developments in the congregations of Neudietendorf, Christiansfeld, Niesky, Herrnhut and Ebersdorf. References to the disturbances of 1848 are also to be found in the reports of preachers working among Moravian adherents away from the congregational settlements. It is to be noted that it was above all the local government reforms of the second half of the 19th century which broke up the traditional structure of settlement congregations and altered the character of the Moravian Church.